



Sanierung Neues Rathaus:

Vorjohann im Blindflug

von Tilo Wirtz

Seit 2012 war die Baustelle des 1. Realisierungsabschnittes bei der Sanierung des Neuen Rathauses vor allem durch Forderungen nach mehr Geld aufgefallen. Bisher musste der Stadtrat zweimal mehr Geld bewilligen. Die Kosten für den Ostflügel mit Plenar- und Festsaal stiegen von ursprünglich 25 auf inzwischen 37 Millionen Euro. Als Begründung wurde teils berechtigt auf den unerwartet schlechten Zustand der Decken verwiesen. Allerdings hatte auch der Stadtrat – gegen die Stimmen der LINKEN – seine zwei Millionen beigetragen, weil er den Baubeschluss im Dezember 2010 mit zu vielen Änderungswünschen befrachtet hatte. Ein weiterer Posten bestand, nicht ungewöhnlich

unterstützt von einem auf Baurecht spezialisierten Rechtsanwalt, ging an die Öffentlichkeit und verbat sich, für die Mehrkosten verantwortlich gemacht zu werden, hätte er doch bereits in der Planungsphase darauf hingewiesen, dass die Vorstellungen des Rathauses, namentlich des Liegenschaftsamtes und des Hochbauamtes unter der Verantwortung des Bürgermeisters Hartmut Vorjohann (CDU), eher dem Wunschenken eines knausrigen Finanzbürgermeister denn einer belastbaren Kostenkalkulation entsprachen. Beratungsresistent hätten die Verantwortlichen des Hochbauamtes darauf bestanden, dass Mehrkosten an der einen Stelle durch Kostenminderung anderswo ausgeglichen werden. Nur wie sollen Kosten gespart

Neuen Rathaus vom Januar „vertraulich“ gestempelt worden ist, wenn die Kombattanten relativ tabulos ihren eskalierten Streit mit allen Einzelheiten der Baustelle nun über die Presse austragen, was eine mögliche einvernehmliche Lösung des Konfliktes erschweren dürfte.

Baustelle im Selbstlauf – Hochbauamt-Vorjohann im Blindflug

Inzwischen scheint bei der Betrachtung des Kampfgeschehens etwas aus dem Blick zu geraten, dass das Rathaus noch nicht fertig ist und auf der Baustelle noch über ein Jahr irgendwie weiter gebaut werden muss. Seit 31. März koordiniert allerdings niemand mehr Gewerke, gibt Pläne frei, kontrolliert die Qualität der Bauleistungen, prüft Rechnungen und plant. Mit der Kündigung des Architekten und damit der Bauleitung wurde die Baustelle quasi enthauptet. Einen sofortigen Ersatz gab es nicht. Wird er jetzt gefunden, müsste er sich in eine ihm nicht vertraute Planung und Baustelle erst einmal einarbeiten. Selbst wenn es schwerwiegende Gründe und Mängel geben würde, die eine Unzufriedenheit mit den Architekten rechtfertigen würde, wäre die – noch dazu fristlose – Kündigung die „Ultima Ratio“. Denn selbst eine schlechte Bauleitung ist besser als gar keine. Außerdem verlassen mit dem Architekten auch Wissensträger die Baustelle, die die Tücken des Objektes kennen und ihre Erfahrungen gemacht haben. Vielleicht kommt es ja auch wie bei dem vorher schon gekündigten Elektro- und Lichtplaner. Angeblich arbeitet der inzwischen an seinen Plänen weiter, da sich einfach niemand gefunden wollte, der den Auftrag übernehmen wollte. So kann es auch hinsichtlich der Bauleitung kommen. Denn niemand ist scharf darauf, ein halbfertiges Projekt zu vollenden, bei dem ein immenser Kostendruck besteht, eine komplexe Baumaßnahme zu bewältigen ist, dem eigenen Honorar hinterhergerannt werden muss und überdies noch ein hohes Haftungsrisiko besteht. Das Schlaueste wäre, man vergisst die Kündigung und macht am besten gemeinsam weiter. Geschieht dies nicht, wird der Finanzdezernent wohl demnächst erklären müssen, warum es zu Terminverzügen und weiteren Mehrkosten kommt. Auf einen Architekten kann er es nicht mehr schieben, den hat er weggeschickt. Auch der Chef des Hochbauamtes eignet sich nicht zum Sündenbock, der hat nämlich im letzten Monat auf eigenen Wunsch das Hochbauamt verlassen und arbeitet jetzt in einem Planungsbüro.



Foto: Tilo Wirtz

für vergleichbare Bauvorhaben, in diversen unerwarteten Schäden. Doch auch Planungskosten sowie neue Wünsche der Verwaltung schlugen zu Buche.

Rathaus hat Kosten unrealistisch kleingerechnet

Die beiden vom Stadtrat beschlossenen Geldspritzen waren jeweils an Auflagen gebunden. Die erste enthielt auf Vorschlag der LINKEN die Bedingung, dass das Rechnungsprüfungsamt die Baustelle unter die Lupe nimmt um eventuelle strukturelle Ursachen für die Kostensteigerungen zu finden. Beim zweiten Mal machte die CDU den Vorschlag, den Architekten unter Druck zu setzen und ihn in die Haftung zu nehmen. Hier spielte offensichtlich eher die Präsentation eines Schuldigen und weniger die sachliche Klärung von Ursachen eine Rolle. War bis dahin noch alles nach dem üblichen abgedroschenem Drehbuch für öffentliche Baustellen gelaufen (dauert länger, wird teurer), kam es im Spätherbst letzten Jahres nach dem Ansinnen der CDU, dem Architekten die Verantwortung für das Desaster zuzuschreiben zu einer eher unüblichen aber dramatischen Wendung. Der Architekt,

werden, wenn überall nur das allernotwendigste getan wird und an einigen Stellen zu wenig eingeplant worden ist?

Stadtratsanfragen „vertraulich“ – Rathaus redet öffentlich über Baustelleninterna

Seit dem 31. März überschlagen sich nun die Ereignisse. Am Montag veröffentlichte die Stadt eine Pressemitteilung, wonach sie dem planenden und bauleitenden Architekten außerordentlich fristlos gekündigt habe. Dieser musste daraufhin sofort die Baustelle verlassen. Am Dienstag meldete sich dann der Architekt über seinen Rechtsanwalt mit einer geharnischten Presseerklärung zu Wort. Am Mittwoch giftete das Rathaus zurück und beschuldigte den Architekten, dass er seinerseits für Planungs- und Baumängel verantwortlich sei. Donnerstagsabend druckte die Sächsische Zeitung wiederum ein Interview mit dem Rechtsanwalt des Architekten, der die Vorwürfe des Rathauses zurückwies. Zum Redaktionsschluss dieses Artikels war jedenfalls ein Ende der Auseinandersetzung noch nicht absehbar. Dem Verfasser stellt sich hier nebenbei die Frage, warum eigentlich seine Anfrage zum

Damit Wohnen bezahlbar bleibt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Bürgerbegehren für kommunale Wohnungen in Dresden

Unterschriftenlisten zum Bürgerbegehren gibt es an folgenden Orten:

Fraktionsbüro
DIE LINKE im Stadtrat
Rathaus, 1. Etg.,
Zimmer 176
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden

Abgeordnetenbüro Wir AG
Martin-Luther-Straße 21
01097 Dresden

Wahlkreisbüro
Schweriner Straße 50a
01067 Dresden

Wahlkreisbüro Roter Renner
Rudolf-Renner-Straße 49
01159 Dresden

Haus der Begegnung
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden

Informationen zum Bürgerbegehren im Internet:
www.wohn-begehren.de

Hilfe für die Jugendhilfe

von Annekatri Klepsch

Anfang April verkündete der Dresdner Sozialbürgermeister, dass die Landeshauptstadt im nächsten Jahr 96 Millionen Euro mehr allein für die Kindertagesbetreuung und die Hilfen zur Erziehung benötige. Zwar ist ein Teil der steigenden Kosten für die Kindertagesbetreuung auf die positive Geburtenentwicklung zurückzuführen, jedoch steht Dresden mit den wachsenden Ausgaben nicht allein da. Es handelt sich dabei um eine bundesweite Entwicklung, die in Sachsen die Kommunen jedoch besonders hart trifft, weil das Land Sachsen seiner Aufgabe nach § 82 SGB VIII, auf den gleichmäßigen Ausbau der Angebote und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe hinzuwirken, nicht nachkommt.

Im November 2013 verabschiedeten deshalb die Landräte der sächsischen Landkreise ein „Kinder- und Jugendpolitisches Positionspapier“, um mit der Staatskanzlei über finanzielle Nachbesserungen bei der Kita-Landespauschale, der Jugendpauschale und die Einführung eines Jugendhilfebudgets in Verhandlungen zu treten. Bei dem Positionspapier werden fachpolitische Fragen zur zukünftigen Ausgestaltung der Jugendarbeit, der Schulsozialarbeit, der Kindertagesbetreuung und der Hilfen zur Erziehung nur angerissen, denn eigentlich handelt es sich um einen finanzpolitischen Forderungskatalog in Vorbereitung auf den Doppelhaushalt des Landes 2015/16, dem sich die Stadt Dresden



Die Landräte weisen zu Recht auf darauf hin, dass die Kinder- und Jugendhilfe nicht „der Ausfallbürge“ sein dürfe und dass die Schule wieder in die Lage versetzt werden müsse, ihren eigentlichen Auftrag zu erfüllen. Konsequenz ist deshalb ihre Forderung, die an die langjährig vertretene Position der LINKEN im Landtag anknüpft, Schulsozialarbeit an allen Schularten und finanziert durch den Landeshaushalt, auszubauen. Der Flickenteppich in der Förderpolitik, der gegenwärtig mit Programmen wie „Kompetenzentwicklung“ und „Chancengerechte Bildung“ existiert und durch Geld aus dem Europäischen Sozialfond finanziert ist, bringt einen hohen Verwaltungsaufwand und keine mehrjährige Planungs-

Die größten Kostensteigerungen in der Jugendhilfe in Dresden fallen gegenwärtig für die Kindertagesbetreuung an. Dresden ist dabei doppelt und dreifach betroffen, denn neben dem Ausbau der Krippenplätze und den steigenden Kinderzahlen steigen die Betriebskosten, während der Landeszuschuss von 1.875 Euro pro Jahr und Kind seit 2005 konstant ist. Da der Elternbeitrag per Gesetz bei 23 bzw. 30 Prozent der Betriebskosten gesetzlich gedeckelt ist, bleiben die Kostensteigerungen bei der Stadt hängen. Die Landkreise fordern hier eine Erhöhung der Landespauschale, jedoch keine Verbesserung des Betreuungsschlüssels, was einen deutlich höheren finanziellen Aufwand im Millionenbereich nach sich ziehen würde.

Umso wichtiger ist es, dass DIE LINKE im Landtag an der Forderung festhält, da das Ziel guter Bildung und Betreuung im Kindergarten nur mit ausreichend Fachpersonal erreicht werden kann.

Auf Antrag der LINKEN wurden die Forderungen der Landkreise nach mehr Geld für die Kinder- und Jugendhilfe in der März-Sitzung des Landtages diskutiert, jedoch war die Regierung nicht in der Lage oder nicht willens zu verraten, wie sie mit den Forderungen umgeht. Der nächste Doppelhaushalt wird im Herbst 2014 zeigen, wer sich durchsetzen konnte, die CDU-Landräte oder der CDU-Finanzminister.

Neues aus den Ortsbeiräten und Ortschaftsräten - Heute: Schönfeld-Weißig

Graffiti auf Schönfelder Hochland?

Vermutlich hatte dies der Sprecher der Grünen nicht erwartet, der den Antrag seiner Stadtratsfraktion mit dem ziemlich sperrigen Titel „UrbanArt (StreetArt und Graffiti) in Dresden“ begründet hatte: Am Ende der Debatte ergab sich einstimmige Unterstützung durch den Ortschaftsrat Schönfeld-Weißig. Dabei ist „sperrig“ vielleicht auch ein zutreffender Begriff für die Sache selbst und demzufolge auch für den Umgang damit. Wer - vor allem auch welcher Haus- und Grundstückseigentümer - ärgert sich nicht über hässliche Schmierereien, deren Beseitigung auch noch viel Aufwand verlangt? Aber andererseits: Hier lebt eine zeitgenössische Kunstform. Man schätzt, dass 300 bis 500 Akteurinnen und Akteure in Dresden unterwegs sind, darunter über die Stadt hinaus bekannte Künstler. Also - die Grundidee des Antrags - bieten wir doch legale Gestaltungsmöglichkeiten an, damit illegales Handeln zurückgedrängt wird und bessere Voraussetzungen für anspruchsvolle Arbeiten geschaffen werden, die das Stadtbild bereichern und Betrachter anregen!

Das Spektrum der Diskussion war breit gefächert: Gute, großartige Idee! Über Geschmack läßt sich ja bekanntlich streiten. Sollen oder müssen die Werke dann auch noch genehmigt werden? Solche Regulierungsversuche werden wohl nichts bringen. Wollen wir uns



doch mal überlegen, ob es im Hochland geeignete Flächen gibt. Vielleicht sollten wir in unserer Ortschaft Tafeln dafür aufstellen? Am Ende neigte sich die Waage zur Unterstützung des Anliegens. Derzeit gibt es in Dresden - in Neustadt, Prohlis und an der Flutrinne in Kaditz - vier legale Flächen für Sprüher; es sollen mehr werden. Vielleicht werden mit den Vorstellungen junger Leute im Schönfelder Hochland auch bald welche gefunden und sinnvoll genutzt?

Zum wiederholten Male, weil seit 11 Jahren in Arbeit, stand ein Bebau-

ungsplan in Weißig „Am Lindenberg“ zur Debatte. Wobei es diesmal keine Debatte gab, denn der Sprecher des Stadtplanungsamtes berichtete über die Folgen der vierwöchigen Offenlegung des Entwurfs vor einem Jahr. Damals hatte es sowohl von Bürgerinnen und Bürgern als auch von Ämtern und Behörden Hinweise gegeben, die eine gründliche Bearbeitung erforderten. Der Geltungsbereich wurde verringert, der Wendehammer an anderer Stelle eingeplant, Konsequenzen aus der Festlegung einer „Waldfläche“ im Flächennutzungsplan gezogen, und die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen im Umweltschutz wurden im Geltungs-

bereich selbst eingearbeitet. Die öffentliche Einsichtnahme und Mitsprache scheint sich also gelohnt zu haben - und auch hier dann ein einstimmiges Ja zur nun notwendigen nächsten Offenlegung des Planes „Am Lindenberg“.

Dann ein Punkt, der auf den ersten Blick als relativ einfacher Verwaltungsakt erscheinen mag - um den aber Dresdner Ortsbeiräte die Ortschaftsräte beneiden: Verwendung von Verfügungsmitteln. Auf Beschluß des Stadtrates ist ja die Angleichung in Arbeit. Am Beispiel der jüngsten Ratssitzung in Schönfeld-Weißig war zu erleben, welche gesellschaftliche und inhaltliche Dimension dieses finanzielle Recht hat. Denn ob und wieviel von dem immer knappen Geld für einen Zweck zur Verfügung gestellt wird, setzt Kenntnis und Bewertung des Zwecks und des Empfängers voraus. Diesmal tauchten dabei wiederholt das Schönfelder Schloß, der Dorfkclub Pappritz und die Feuerwehren auf. Es ging um die Übergabe von sanierungsbedürftigen Gebäuden, um die Idee, mit einzusetzenden Ortschaftsmitteln das Einsammeln weiteren Geldes von Dritten durch den Kunst- und Kulturverein Schönfeld zu befördern und um die Unterstützung für ein Schulungscamp der Hochland-Jugendfeuerwehr.

Peter Rosse

Bürgerarbeit oder Gute Arbeit

von Katrin Mehlhorn

In der letzten Wahlperiode des Bundestages hatte sich die schwarz-gelbe Koalition auf „Bürgerarbeit“ als arbeitsmarktpolitisches Modell verständigt. Bürgerarbeit hört sich zunächst gut an: nach freiwilligem gesellschaftlichem Engagement, nach selbstorganisierter und sinnstiftender Tätigkeit, nach einer interessanten Aufgabe zum Wohle der Gemeinschaft. Doch in der Realität wurde ein Konzept umgesetzt, welches dem Prinzip „keine staatliche Leistung ohne Gegenleistung“ folgt sowie auf der Annahme basiert, dass Arbeitslosigkeit nicht auf fehlende Arbeitsplätze zurückzuführen ist, sondern dass die Schuld bei den Erwerbslosen liegt, denen unter anderem die Arbeitsmotivation fehlt.

Auch Dresden hat sich an dem von vorn herein auf 3 Jahre begrenzten Projekt beteiligt und derzeit befinden sich noch rund 700 Frauen und Männer in diesen sukzessive auslaufenden Beschäftigungen. Es handelt sich dabei um Tätigkeiten, die auf kommunaler Ebene als „zusätzlich“ eingestuft worden sind und die im öffentlichen Interesse liegen. Spannend wird es aber, wenn man sich die Einsatzbereiche genauer anschaut. Ein Großteil der Teilnehmenden ist unter dem Etikett „Bürgerarbeit“ beispielsweise mit sozialpädagogischen Aufgaben in diversen Kindereinrich-



tungen und Jugendprojekten betraut. Andere übernehmen handwerkliche Tätigkeiten oder Archiv-, Organisations- und Öffentlichkeitsarbeit. Man könnte bei vielen dieser Einsatzfelder auch zu dem Schluss kommen, dass es eigentlich ganz normale Tätigkeiten sind, die auch entsprechend entlohnt und sozial abgesichert werden müssten. Das ist aber gerade nicht der Fall - und da setzt auch die berechtigte Kritik an. Denn ein vollwertiger sozialversicherungspflichtiger Ar-

beitsplatz liegt in der Bürgerarbeit nicht vor, da keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgeführt werden und die Vergütung mit maximal 900 Euro brutto im Monat bei 30 Wochenarbeitsstunden auch weit entfernt von angemessenen Mindestlohnkonzepten ist. Die Betroffenen erlangen keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I, haben keine wirkliche berufliche Perspektive und gehen somit nach dem Auslaufen der Bürgerarbeitsstelle meistens nahtlos wieder zurück

ins Hartz-IV-System. Es fehlt zudem die Freiwilligkeit der Teilnahme - wer Bürgerarbeit verweigert, der wird sanktioniert, bekommt also sein Existenzminimum gekürzt. Zudem besteht die Gefahr, dass reguläre Arbeitsplätze verdrängt oder gar nicht erst eingerichtet werden.

Sicher, viele Teilnehmende an diesem Programm empfinden das als positiv und die finanziell meistens prekär aufgestellten Vereine und Träger, die Arbeitsstellen anbieten, sind dankbar für die Unterstützung, denn so wird auch ein Stück weit ihr Angebot und ihr Fortbestehen gesichert. Wer aber nun die Weiterführung der „Bürgerarbeit“ fordert, der muss auch dafür sorgen, dass sich der Rahmen ändert - weg von einem an Zwang geknüpften arbeitsmarktpolitischen Experiment und hin zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, die gute, falls nötig auch öffentlich geförderte, Beschäftigungsverhältnisse schafft. Diese müssen freiwillig sein, im öffentlichen Interesse liegen und dürfen keine regulären Arbeitsplätze verdrängen. Die Entgelte orientieren sich am Tarif; die Untergrenze bildet ein vernünftiger gesetzlicher Mindestlohn.

Freistaat plant Erstaufnahmeunterkunft für Asylsuchende neben Abschiebeknast

Symbol des staatlichen Handelns?

von Hans-Jürgen Muskulus

Der Freistaat Sachsen will in Dresden an der Ecke Stauffenbergallee/Hammerweg gleich neben der Justizvollzugsanstalt bis zum Jahr 2016 eine Erstaufnahmeunterkunft für ca. 500 Asylsuchende einrichten.

Es ist gut so, dass nun auch in den beiden großen sächsischen Städten Dresden und Leipzig neben Chemnitz zentrale Erstaufnahmeunterkünfte eingerichtet werden sollen. Asylsuchende werden zunächst in einer solchen Unterkunft untergebracht. Sie bleiben in diesen bis zu sechs Wochen, maximal jedoch drei Monate.

Für eine gute Integration ist danach eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen unbedingt erforderlich. Für den Bau und die Unterhaltung der Erstaufnahmeunterkunft ist der Freistaat zuständig. Der Standort neben dem Gefängnis am Hammerweg ist jedoch schlecht ausgewählt und eher ungeeignet. Das Beispiel der Stadt Chemnitz mit der zentralen Aufnahmeunterkunft zeigt das falsche Verständnis der sächsischen Behörden im Umgang mit Flüchtlingen. Sie werden primär als Bedrohung wahrgenommen, nach oft monatelanger Flucht aus Krisengebieten von der Außenwelt abgeschottet und müssen ohne ausreichende Betreuung und ohne klare Perspektive in gefängnisähnlichen Unterkünften auf eine Entscheidung warten. Solche Zustände dürfen in Dresden nicht wiederholt werden.

Die Landeshauptstadt Dresden muss nach einer ersten Prognose der Lan-



desdirektion Sachsen (LDS) in diesem Jahr 911 Asylbewerber aufnehmen. 2013 hatte Dresden 749 Asylbewerber unterzubringen. Damit steht die Stadt vor einer großen Herausforderung, jetzt gilt es ernst zu machen mit der in Sonntagsreden oftmals zitierten Willkommenskultur. Pro Menschenrechte und Contra Vorurteile und Rassismus muss die Losung lauten. Asylsuchende werden deutschlandweit derzeit zur Zielscheibe rassistischer und rechter Hetze. Schon jetzt wird im Zuge der Europawahlen und Kommunalwahlen in

elf Bundesländern Wahlkampf auf dem Rücken von Flüchtlingen und Migrantinnen betrieben. Parteien von der NPD über Pro Deutschland bis zur Alternative für Deutschland (AfD) instrumentalisieren die gestiegenen Asylantragszahlen für ihre Zwecke und verbreiten rassistische Polemik. Die Rechtsextremen geben sich volksnah und mobilisieren über so genannte „Bürgerinitiativen“ online wie offline. So wird versucht, die allgemeine Stimmung gegen Flüchtlinge zu wenden. Aber auch aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft kommen Argumente wie:

„Unser Asylrecht kann die Probleme der Welt nicht lösen, wir haben genug eigene Probleme.“ Richtig ist: Wir sind mitverantwortlich für die Bedingungen, die Menschen in die Flucht treiben. „Die meisten sind nur Wirtschaftsflüchtlinge.“ Richtig ist: Die Gründe, die Menschen in die Flucht treiben, wiegen schwer. Sie heißen Krieg, Verfolgung, Existenzgefährdung. Die Zahl der Asylsuchenden in Europa steigt. „Wir können doch nicht die ganze Welt aufnehmen“, heißt es nun. Richtig ist: Davon sind wir Lichtjahre entfernt. Nur ein Bruchteil der Flüchtlinge kommt nach Europa. „Asylsuchende sind kriminell, gefährlich oder bringen den bisher so schönen und sicheren Stadtteil in Unordnung.“ Richtig ist: Flüchtlinge sind so verschieden wie Menschen eben sind. Neonazis behaupten, durch Zuwanderung gehe die deutsche Kultur zu Grunde. Richtig ist: Die angeblich „deutsche“ Kultur und Bevölkerung spiegelt eine Jahrtausende lange Migrationsgeschichte wider.

Es gibt eine Menge Vorbehalte gegenüber Ausländern allgemein und Asylsuchenden insbesondere. Es gibt weiterhin Argumentationen mit alltäglichem Rassismus. Dagegen wollen wir uns als LINKE wenden, immer und nicht nur im Vorfeld von Wahlen.

Graswurzelrevolution

Bedeutung der Kleingärten stärken

von Andreas Naumann

Das Ende März dieses Jahres eine Tagung des Dresdner Kleingartenverbandes zum Thema Stadtentwicklung mit der Stadtverwaltung und Stadtplanern stattfand, geht auf eine Empfehlung des Autors dieses Artikels zurück. Die von den Vertretern der Kleingartenvereine gut besuchte Veranstaltung fand anlässlich der Eröffnung der Frühjahrsmesse im Ostragehege statt, wo der Dresdner Stadtverband eine große Fläche hatte. Auf der Fachtagung wurde der Zusammenhang zwischen Stadtentwicklung und Kleingartenwesen diskutiert. Mit der Veränderung der Stadt in ihrer Gesamtheit hat sich auch die Bedeutung der Kleingärten verändert. Menschen erleben Stadt nicht mehr so wie vor 100 Jahren; sie haben heute ein anderes Kaufverhalten, ihre Freizeitbedürfnisse und ihre Arbeitswelt hat sich allein in den letzten 50 Jahren völlig verändert. Damit verbunden ist auch ein Wandel der sozialen Beziehungen. Dieser wirkt in alle Lebensbereiche zurück, so auch auf das Verhältnis Stadtentwicklung und Kleingärten. Er äußert sich in der Gesetzgebung, neuen territorialen Begehrlichkeiten, Infrastrukturmaßnahmen bis hin zur Gestaltung des Kleingartens oder der Kleingartensparte. Viele dieser Aspekte wurden auf der Konferenz angesprochen und diskutiert. Bürgermeister Jörn Marx sprach zur Bedeutung der Kleingärten für die Stadt, der Vertreter des Stadtplanungsamtes, Herr



Herrmann erläuterte welchen Einfluss Kleingärten bei der Stadtentwicklung haben. Er ging auch auf die Zukunft der Kleingärten ein, nannte mögliche neue Kleingartenflächen und Planungsmethoden zur integrativen Einbindung in die Gesamtstadtplanung. In der Diskussion wurden verständlicherweise die aktuellen Probleme der Kleingärtner hervorgehoben. Hier steht an erster Stelle der Verlust einiger Kleingartensparten durch

Investoren und Kündigungen. Diese bedrohliche Entwicklung ist gegenwärtig im gesamten Stadtgebiet zu beobachten. Landbesitzer kündigen ihren Pächtern um die Fläche profitbringend zu veräußern. Aber noch gravierender ist Verdrängung durch vermögende, einflussreiche Investoren. Sie arbeiten gut mit den oberen Verwaltungsstellen zusammen und üben politischen Druck aus. Aktuelle Beispiele sind die Umwidmung

der Kleingärten an der Reicker Straße in ein privates Wissenschaftsgebiet mit großen Gebäudekomplexen und die Vernichtung der Kleingärten an der Pfotenhauer Straße für ein Parkhaus, welches mit städtischen Mitteln gebaut wird und später vor allem von einem privaten Wissenschaftsunternehmen genutzt werden soll. Die Internationalen Gärten, die gerade in diesem Bereich eine wichtige soziale und kulturelle Funktion ausüben, weil sie Asylbewerbern und armen ausländischen Menschen die Möglichkeit geben im Sinne der Integration mit der deutschen Gesellschaft in Verbindung zu kommen, sind für die Stadtplaner zu unbedeutend, als das sie eine Berücksichtigung finden würden. Hier steht die Stadtplanung im Widerspruch zu ihren Zielen. Darin bestehen nun unsere konkreten Ansatzpunkte für eine Stadtentwicklung der Zukunft. Sie muß aus unserer Sicht in einem ausgewogenen Verhältnis aller Gruppen der Gesellschaft bestehen und den Bestand sichern. Großbauten zu Lasten von Kleingärtnern wird es mit uns nicht geben. Diese erste Kleingärtner tagung war eine Analyse zum Iststand. In Zukunft werden konkrete Perspektiven des Kleingartenwesens innerhalb der Stadtentwicklung eine Rolle spielen. So wird schrittweise die Bedeutung der rund 50 000 Kleingärten in der Stadt gestärkt und ausgebaut.

Gravuren des Krieges

von Dr. Margot Gaitzsch

„Gravuren des Krieges“ ist ein Kunstprojekt der Gruppe kunstplan, der Einhard Grotegut, Arend Zwicker und Matthias Neutzner angehören. Seit 2001 markieren sie Erinnerungsorte an Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg im Dresdner Stadtgebiet durch „Mahndepots“. Das sind nummerierte Edeldstahlhülsen, die sie in den Boden einlassen. Sie bergen jeweils eine exemplarische Geschichtserzählung, die mit dem markierten Ort verbunden ist. Bislang haben sie 68 Orte markiert – für jedes Jahr seit 1945 einen. Und jedes Jahr wächst dieses Netz des Erinnerens um einen weiteren Ort.

Die Orte und Erzählungen stehen stellvertretend für die komplexe und widersprüchliche Geschichte jener Zeit. So haben sie 2001 beispielsweise den Zielpunkt für den ersten britischen Luftangriff auf Dresden am Abend des 13. Februar 1945 markiert. Gleichzeitig den Güterbahnhof Neustadt, von dem 1942/43 jüdische Menschen aus Dresden und anderen sächsischen Orten nach Riga und Auschwitz deportiert wurden. Sie markierten Rüstungsfabriken, eines der KZ-Außenlager in der Florastraße, die Wehrmachtskommandantur im Taschenbergpalais, den Platz, an dem im Herbst 1944 der Dresdner „Volkssturm“ vereidigt wurde, die Luftkriegsschule in Klotzsche oder das Luftgaukommando in Strehlen. Mit einem Gravuren-Depot machten sie auf dem Altmarkt jene Stelle kenntlich, wo Ende Februar Tausende geborgene Luftkriegsstote verbrannt

wurden. Daneben, auch am Altmarkt, erinnert eine weitere Markierung an die „Siegesparade“ der Dresdner 4. Infanterie-Division im August 1940 nach dem deutschen Feldzug gegen Westeuropa und an Hunderttausend jubelnde Dresdner. Sie haben Orte thematisiert, die zeigen, wie systematisch sich die Dresdner Verantwortlichen auf den erwarteten Luftkrieg vorbereiteten – etwa „Auffangstellen“, „Leichensammelplätze“, Sarglager oder vorsorglich angelegte Begräbnisflächen. Und sie erzählen von Menschen, die in diesem Luftkrieg starben. Auch von denen, die die Leichen borgen. Oder von den Dresdnern, die im April 1945 Schützengräben quer durch den großen Garten aushuben, der zur „Festung Dresden“ gehörte. Und schließlich von den sowjetischen Soldaten, die am letzten Tag des Krieges noch um Dresden kämpfen mussten. Ich könnte viele weitere Beispiele nennen. Nehmen sie alle diese Orte zusammen, so entsteht eine vielschichtige Totale: Leid und Verantwortung werden sichtbar, Alltag und Katastrophe, Diktatur und Widerstand. Die künstlerische Form der Markierung ist bewusst auf ein unscheinbares Zeichen reduziert. Die erinnerten Erzählungen erschließen sich nicht im Vorübergehen. Es braucht den gedruckten Stadtführer zum Projekt oder das Verzeichnis im Internet – 2001 starteten wir mit einer Sonderbeilage der Sächsischen Zeitung, die mehrere Zehntausend Dresdner Haushalte erreichte. Die „Mahndepots“ sollen gesucht und erarbeitet werden müssen. Das funktio-



niert bereits gut: Schulklassen nutzen die Orte und Erzählungen für den Unterricht, Stadtführer bieten Führungen dazu an.

Besonders wichtig ist den Initiatoren die öffentliche Diskussion um neue Orte. Sie versuchen, für jeden Ort mit Organisationen in Dresden zu kooperieren – wenn sie beispielsweise an die 16-jährige Dresdnerin Ursula Hei-

drich erinnern, die im Februar 1945 zum Opfer der Euthanasie wurde, dann geschieht dies gemeinsam mit der katholischen Kirchgemeinde, der sie angehörte. „Gravuren des Krieges“ ist also ein kommunikatives, ein soziales Projekt, das sich nicht in der Selbstbezogenheit des Künstlers realisiert, sondern in der Interaktion von Menschen.

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Tilo Wirtz, Andreas Naumann, Peter Rosse, Katrin Mehlhorn/Hans-Jürgen Muskulus
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
Mittwoch, 14.05.2014
Druck: Lausier Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe:
6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser!
Logistik GmbH - Siblog